WerkstattGeschichte 3, Ergebnisse Verlag, Hamburg 1993, S. 27-32

Nikola Knoth

»Ich war Bergmann, was wird nun?« Die Niederlausitzer Braunkohlenregion aus umwelthistorischer Sicht

»Ich war Bergmann, was wird nun?« – So lautete die Bilanz eines Arbeiters aus der Niederlausitz in einem Zeitungsbericht vor etwa zwei Jahren.[1] Die Brisanz dieser Worte wird erst deutlich, setzt man sie zu dem in der DDR einst recht gebräuchlichen Slogan »Ich bin Bergmann – wer ist mehr?« in Beziehung. Seinen Ursprung hatte er wahrscheinlich Anfang der 1950er Jahre, nachdem 1950/51 eine Reihe sozialpolitischer Maßnahmen (u.a. Lohn- und Rentenanhebungen) im Bergbau in Kraft getreten waren. Inwiefern diese Selbstbewußtsein und Kraft suggerierende Formel tatsächlich zeitgenössische Befindlichkeit reflektierte, sei dahin gestellt, – einprägsam fand hier jedenfalls ein die DDR der 1950er und 60er Jahre prägender Industrialisierungsprozeß seine Übersetzung: Auf- und Ausbau einer an einheimischen Ressourcen orientierten eigenen Grundstoffindustrie.

Da es an ausreichenden Steinkohlevorräten in der DDR mangelte, konzentrierten sich die wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf den Ausbau der traditionellen ostdeutschen Braunkohlezentren um Halle/Leipzig sowie in Ober- und Niederlausitz. War vor 1945 das mitteldeutsche Braunkohlenrevier westlich der Elbe das bedeutendste, so änderte sich das nach der DDR-Gründung sehr rasch, nachdem geographische Untersuchungen bestätigten, daß in der Niederlausitz nicht nur die größten, sondern auch qualitativ wertvollsten Braunkohlenvorräte der DDR lagerten.[2] Am 21. März 1957 beschloß der Ministerrat der DDR das sogenannte Energie- und Kohleprogramm, das u.a. den Ausbau des damaligen Bezirkes Cottbus zum Kohle- und Energiebezirk vorsah. Nachdem bereits zwischen 1952 und 1957 einige regionale Großprojekte (u.a. die erste Braunkohlenkokerei der Welt in Lauchhammer) fertiggestellt oder ihr Aufbau in Angriff genommen wurden (Gaskombinat »Schwarze Pumpe«), orientierte das erwähnte Ministerratsprogramm von 1957 neben dem Aufschluß mehrerer Großtagebaue vor allem auf den Ausbau der regionalen Kohleveredelungskapazitäten. Die Kohle- und Energieindustrie entwickelte sich zum profilbestimmenden Industriezweig im damaligen Bezirk Cottbus. Mitte der 1960er Jahre waren knapp die Hälfte der rund 140.000 IndustriearbeiterInnen und im Industriebereich tätigen Angestellten des Bezirkes Cottbus in der Kohle- und Energiewirtschaft tätig.[3]

Die Traditionen des Bergbaus in der Niederlausitz reichen bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Mit dem relativ raschen Übergang zum Tagebaubetrieb etwa seit der Jahrhundertwende und der raschen Konzentration von Nachfolgeindustrien – Brikettfabrikation, Energieerzeugung oder die chemische Industrie – entwickelte sich das Kerngebiet um Senftenberg zu einer bedeutenden preußischen Industrieregion. Ihr äußeres Erscheinungsbild ähnelte anderen Kohlestandorten: Halden und Kippen, rauchende Schlote, moderne Industrie- und Verkehrsanlagen, Bergmannssiedlungen in unmittelbarer Nachbarschaft von Gruben und Brikettfabriken, städtische Ballungszentren. Die Einwohnerzahl von Senftenberg wuchs im Verlauf einiger Jahrzehnte um das

siebenfache auf etwa 17.000 Einwohner, Lauchhammer erlebte eine regelrechte Bevölkerungsexplosion von 450 Einwohnern (1880) auf mehr als 12.000 im Jahre 1925.[4]

Zu Beginn der industriellen Kohlenförderung arbeiteten vor allem ausländische Saisonkräfte, u.a. aus Polen, Ungarn und Italien in den Gruben. Später gingen die Unternehmen dazu über, einen Arbeiterstamm anzusiedeln und verstärkt einheimische Arbeitskräfte einzubeziehen. Typisch für die Niederlausitzer Kohlenregion nach der Jahrhundertwende war der pendelnde, in umliegenden Dörfern wohnende Agrarproletarier. Der karge Sandboden in der Region um Senftenberg hatte die Bauern frühzeitig zum industriellen Nebenerwerb zunächst in Ziegeleien, der Textil- oder Glasindustrie gezwungen. Zur Blütezeit der deutschen Kohlenindustrie im Jahre 1921 beschäftigten die Unternehmen (einschließlich Brikettfabriken) »östlich der Elbe«,[5] wie es in der Statistik hieß, etwas mehr als 50.000 Arbeiter und Angestellte.

Die Tagebaupraxis in der Niederlausitz prägte das Landschaftsbild dieser Region entscheidend. Erste ernsthafte Schäden im Naturhaushalt deuteten sich bereits vor 1945 an. Die ausgedehnten Kohlefelder beanspruchten zum Teil jahrzehntelang land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen. Vom Bergbau freigegebene Flächen blieben als Ödland zurück oder wurden zu einem geringeren Teil von den Unternehmen rekultiviert, d.h. im Regelfall wiederaufgeforstet. Für eine Verbesserung der Bodenqualität zur landwirtschaftlichen Nachnutzung sahen die Betriebe angesichts der allgemein geringen Bodengüte der Lausitzer Sandböden keinen Grund. Eindeutig rangierte Profitdenken vor einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Nutzung und rekultivierter Rückgabe. »Es bleibt zu bedenken«, beschrieb ein Zeitgenosse diese ökonomistische Ideologie, »daß der Nutzen, den die im Kreise gewonnene Braunkohle im Rahmen der gesamten deutschen Volkswirtschaft liefert, – auch auf längere Sicht – weit höher ist als der auf derselben Fläche mögliche Ertrag der forst- oder landwirtschaftlichen Nutzung.«[6]

Ein weiteres gravierendes Problem waren die Grundwasserabsenkungen in der Niederlausitzer Region. Da die kohleführenden Schichten in wasserreichen Urstromtälern lagerten, waren umfangreiche Entwässerungsmaßnahmen notwendig, ehe die Rohkohleförderung beginnen konnte. Die Folge war ein latenter Wassermangel in der umliegenden Landschaft, vor allem in der Landwirtschaft. Die Frage nach der Verantwortung der Kohlenindustrie für diese Situation war umstritten. Mit dem Argument fehlender exakter Pegelstandsvergleiche wehrten die Kohlenunternehmen Klagen betroffener Bauern ab. Einzelstandortuntersuchungen schienen sogar zu bestätigen, daß die bergbaulichen Entwässerungsmaßnahmen lediglich an den Grubenrändern ertragsmindernd wirkten.[7]

Völlig aus dem Blickwinkel dieser Auseinandersetzung um letztlich materielle Belange blieben die langfristigen Folgewirkungen der Störungen des natürlichen Wasserhaushaltes. Die Entwicklung von einem »ursprünglich extrem feuchten Niederungsgebiet zu einem extrem trockenen«[8] beeinflußte nicht nur die Entwicklung der Pflanzen- und Tierwelt, sondern gefährdete auch den Menschen und die bebaute Umwelt. Der Landstrich wurde extrem brandgefährdet.

Die Brände, nicht selten durch Selbstentzündung der Ruß- und Staubablagerungen in den Brikettfabriken hervorgerufen, vernichteten wertvolle Bestände der im Ergebnis forstwirtschaftlicher Monokultur in der Lausitz weit verbreiteten Nadelwälder. Dies hatte wiederum negative Folgen für den Naturkreislauf.

Die Bergbauschäden in der Niederlausitz wurden nach bisherigem Kenntnisstand erst Ende der 1940er Jahre zusammenhängend untersucht.[9] Wissenschaftler der damaligen Deutschen Akademie der Wissenschaften und der Humboldt-Universität unter Leitung des Gartenarchitekten Reinhold Lingner erarbeiteten 1949/50 im Rahmen eines For-

schungsauftrages eine Schadensanalyse der Braunkohlenregion um Senftenberg.[10] Auf der Grundlage von Kartenvergleichen der Jahre 1846, 1925 und 1950 wiesen die Wissenschaftler die erheblichen Einwirkungen des Braunkohlenbergbaus in einer ursprünglich außerordentlich wasserreichen Gegend auf die Kulturartenverteilung, die Wasserverhältnisse und die unmittelbar vom Kohleabbau betroffenen ehemaligen Nutzflächen nach. Vegetationslose Wüsten oder Halbwüsten, vegetationsfeindliche Böden, tendenzielle Abwertung der Kulturflächen, Wassermangel, gefährliche Gewässerverschmutzungen – dies war die Bilanz der wissenschaftlichen Untersuchung eines jahrzehntelang währenden gnadenlosen Ressourcenabbaues in der Senftenberger Kohlenregion.[11]
Ein Problembewußtsein für ökologische Folgewirkungen des Kohleabbaues in der Zeit kapitalistischer Industrialisierung und Modernisierung in der Region ist nicht nachweisbar, wenn auch die beiden großen Lausitzer Kohleunternehmen, die »Eintracht« und die »Ilse AG« in Einzelbereichen (Rekultivierung, Staubimmissionen) aktiv wurden.[12] Es fanden sich weder Hinweise auf Proteste aus den Reihen regionaler Naturschutz- oder Heimatverbände noch aus den unterschiedlichen Lagern des deutschen Naturschutzes. Auch das Wirken der Arbeiternaturfreundebewegung etwa im Sinne eines »ökologischen Frühwarnsystems«,[13] wie es für andere deutsche Regionen beschrieben wurde, ist nicht zu belegen.

Prägte die Industriearbeiterschaft in der Niederlausitz Naturnähe im Sinne von in Natur lebend und arbeitend, hatte dies andererseits auf ein kritisches Verhalten zur Praxis industriegesellschaftlicher Naturaneignung offenbar keinen großen Einfluß. Eine solche Kritik hätte einen der größten und bedeutendsten Arbeitgeber in dieser industriell sehr einseitig entwickelten Region getroffen und wäre mit Arbeitsplatzgefährdung verbunden gewesen. Ohnehin lebten die Lausitzer Industriearbeiter angesichts einer ständig kriselnden deutschen Braunkohlenindustrie, vor allem aber in der Rationalisierungsphase in den 1920er Jahren, immer in Sorge um ihren Arbeitsplatz in der Kohle. Zu Beginn der 1930er Jahre z.B. waren in der regionalen Kohlenindustrie nur noch die Hälfte der 1920 Beschäftigten tätig.[14]

Obwohl es in der DDR nach 1945 weitestgehend an einem öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs über industrielle Umweltbelastungen mangelte, läßt sich bereits in den beiden ersten DDR-Jahrzehnten vor allem im Wissenschaftsbereich und in Kreisen interessierter Fachleute ein Problembewußtsein in dieser Frage nachweisen. Die ersten Impulse einer vorsichtig-kritischen Bestandsaufnahme industrieller Umweltschäden kamen aus den Reihen der frühen DDR-Naturschutzbewegung, der Natur- und Heimatfreunde im damaligen Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschland, aus der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften/ Sektion Landeskultur und Naturschutz und von Landschaftsgestaltern der Deutschen Bauakademie. Trotz unterschiedlicher Standpunkte im Detail war ihnen gemeinsam, daß sie vor einer Forcierung der sozialistischen Industrialisierung aus ethisch-moralischen Gründen im Sinne der Verantwortung für die kommenden Generationen warnten und einen pfleglichen Umgang mit der Natur einschließlich der sofortigen Sanierung der akuten Schäden einforderten.[15]

In dem vom forcierten Kohleabbau betroffenen Bezirk Cottbus konzentrierten sich die Bezirksbehörden zunächst parallel zu den Entscheidungen auf oberster Ebene ab etwa Mitte der 1950er Jahre auf Überlegungen, den unvermeidbar steigenden Entzug von Nutzflächen über die verstärkte Rekultivierung von Althalden, Kippen, zurückgelassenem Ödland und ausgekohlten Tagebauflächen auszugleichen. Rund 7.000 ha Unland hatte der Bergbau bis 1954 hinterlassen, davon rund 3.000 Altkippen und Halden.[16] Mitte 1954 gründete sich beim Rat des Bezirkes Cottbus, dem obersten staatlichen Bezirksverwaltungsorgan, eine Arbeitsgruppe »Bergbau« mit einer ständi-

gen Kommission »Wiederurbarmachung der durch den Bergbau genutzten Flächen«. Solche Kommissionen entstanden etwas später auch bei den Räten jener Kreise, die Anfang 1951 per Gesetz in großen Teilen zu Bergbauschutzgebieten erklärt wurden, d.h. hier durften ohne Genehmigung keine Investitionsvorhaben realisiert werden.[17] In ständiger Auseinandersetzung mit der staatlichen Hauptverwaltung Kohle in Berlin und den Braunkohlenwerken (BKW) vor Ort,[18] wachten diese Komissionen im Rahmen ihrer Möglichkeiten über die Einhaltung gesetzlicher Vorschriften, insbesondere die Sicherung der Mutterbodenwirtschaft, die eine Verordnung Ende 1951 vorschrieb.[19] Die von der Bezirksratskommission eingesetzten Beauftragten für Wiederurbarmachung in den Revierleitungen und BKW konnten jedoch Gestzesverletzungen insbesondere bei Tagebauneuaufschlüssen nicht verhindern. Auseinandersetzungen gab es auch um die Einhaltung der Rekultivierungspläne, die ohnehin nach Meinung von Fachleuten in ihren Zahlenvorgaben hinter den tatsächlichen Bedürfnissen zurücklagen. 1966 waren von der seit dem Kohlenabbau in der Niederlausitz devastierten Gesamtfläche (rd. 32.000 ha) lediglich etwa ein Drittel rekultiviert übergeben worden, davon lediglich etwa 5 Prozent zur landwirtschaftlichen Nachnutzung.[20] Ein wesentlicher Grund für diese prekäre Situation lag darin begründet, daß »für viele Werke...die Nutzbarmachung bisher noch nicht projektlich bearbeitet und somit in der Technologie des Tagebaus nicht berücksichtigt ist«.[21] Erst ein Ministerratsbeschluß von Mai 1980 verpflichtete die Betriebe, bereits in der Vorbereitungsphase von Tagebauneuaufschlüssen Wiederurbarmachungskonzeptionen vorzulegen.[22]

Ende der 1950er Jahre verstärkten sich mit dem Wirken des Gartenarchitekten Otto Rindt im damaligen Bezirksplanungsbüro Bemühungen, die bergbaulichen Rekultivierungsmaßnahmen sinnvoll in ein den gesamten Bezirk umfassendes landschaftsgestalterisches Konzept einzubinden. Bereits im März 1955 wurden die Räte der Kreise im Bezirk Cottbus aufgefordert, sich mit der Entwicklung von Erholungsgebieten in der Nähe von Halden und Restlöchern zu beschäftigen: »Badeanstalten an den Reştlöchern, Schaffung von Ausflugsorten durch die Errichtung von HO-Gaststätten auf den höchsten Erhebungen bieten den Reiz der Fernsicht und geben den Werktätigen Gewiáheit von der Stärke ihrer Heimat, der Macht des sozialistischen Aufbaus und der Schönheit der Landschaft.«[23]

Bergbaufolgelandschaften war das Stichwort der bezirklichen Territorialplanung, die vor allem auf Gestaltung von Erholungsräumen für die stetig wachsende städtische Bevölkerung orientierte. Zwischen 1950 und 1965 hatte sich die Zahl der Städte mit über 20.000 Einwohner verdoppelt, während die Anzahl der kleinen Gemeinden unter 2.000 Einwohner ständig sank.[24] Hoyerswerda, die Wohnstadt für das Gaskombinat »Schwarze Pumpe« und Musterbeispiel sozialistischer Wohnkultur, zählte mit einer Verzehnfachung der Einwohnerzahl zwischen 1950 und 1975 (71.000 Einwohner) zu den Spitzenreitern dieser Ballungsprozesse.

Die Schaffung von Erholungslandschaften war nur eines von vielen Problemen, die mit zunehmend spürbaren Umweltbelastungen einer Lösung harrten. »Man konnte es manchmal am Wochenende vor Gestank nicht aushalten«, erinneıt sich ein Spremberger, in den 1960er Jahren leitend im Rat des Kreises Spremberg, Abteilung Landwirtschaft tätig, in jenem Kreis also, auf dessen Territorium das gigantische Gaskombinat »Schwarze Pumpe« entstanden war. »Manchmal kamen Leute zu mir und sagten, was ist denn hier los, habt ihr dazu nichts zu melden? Oder da kam mal ein Ölfilm die Spree runter, da haben mich die Leute aufmerksam gemacht, ob ich das schon gesehen hätte, da war irgendwo eine Havarie ...Die Auswirkungen wurden oft vom Betrieb mit Anfangsschwierigkeiten entschuldigt. Das hat man mal hinnehmen können, aber nicht

auf einen längeren Zeitraum. Das war dann oft, daß diese Ammoniakgerüche am Wochenende auftraten. Wir haben uns gedacht, da müssen doch die Kontrollmaßnahmen gefehlt haben, wo grad am Wochenende diese schwelenden Dunstwolken auf uns zu kamen.« Schäden durch Ammoniak seien ihm nicht bekannt geworden, »...aber durch die Emission bei der Kohleherstellung haben wir das erlebt. Ich habe sogar noch Bilder da, nach einer Kreistagssitzung sind wir hinausgefahren, habe ich vorgeschlagen, oberhalb von Spremberg, von Slamen, haben wir das Absterben der Kiefern erlebt.«[25]

Der Kreistag Spremberg beschloß so landesweit als erster Kreis nach der Verabschiedung des Landeskulturgesetzes vom Mai 1970 ein eigenes »Programm zur planmäßigen Gestaltung der sozialistischen Landeskultur«.[26] Wie es in der Präambel heißt, reagierten die Behörden mit diesem Beschluß vor allem auf »steigende Inanspruchnahme des Territoriums für bergbauliche Zwecke; die intensive Nutzung der natürlichen Ressourcen, insbesondere Wasser, Luft und Boden durch verschiedene Volkswirtschaftszweige; die zunehmende Belastung des landschaftlichen Potentials durch Gewässerverunreinigung, Luftverunreinigung, Lärm und Abprodukte von Industrie und Siedlungen; die zunehmende Verwendung chemischer Stoffe in der Volkswirtschaft...«[27]

Mit dem Landeskulturgesetz beginnt nicht nur im Kreis Spremberg ein vorsichtiges Umdenken in Sachen Umwelt. DDR-weit verstärken sich vor allem die Kontrollmechanismen zur Einhaltung der Grenzwerte im Emissions- und Abwässerbereich. In den Betrieben gründen sich spezielle Abteilungen oder Arbeitsgemeinschaften für den Umweltschutz, in den Räten der Kommunen werden entsprechende Fachabteilungen installiert. Wissenschaftliche Untersuchungen mahnen mit aller Entschiedenheit, die Versäumnisse der industriellen Aufbruchphase der 1950er und 1960er Jahre nachzuholen. Internes Zahlen- und Faktenmaterial belegte auch für den Bezirk Cottbus eine Zunahme der Umweltschädigungen.[28] Dennoch bleibt die Tatsache, daß außerhalb des Insiderkreises von Wissenschaftlern und Fachleuten aus der betrieblichen Praxis bis in die 1980er Jahre hinein keine regionalen Protestbewegungen gegen die allerorts sicht- und spürbaren Natur- und Umweltschäden zu verzeichnen waren. Die einzige, relativ kleine grüne Bewegung in der DDR, die Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund, später die Gesellschaft für Natur und Umwelt hatte nur wenig Spielraum, die Interessen des Natur- und Umweltschutzes durchzusetzen. Die Tabuisierung des Umweltthemas und der Zwang zur Nischenbewegung hatte zur Folge, daß sich ein ökologisches Problembewußtsein in der DDR-Gesellschaft nur zögerlich und gemessen am Tempo der Zunahme von irreparablen Schäden zu spät wirksam ausprägen konnte.

In der DDR-Industriearbeiterschaft verband sich die Tendenz des Arrangements mit dem politischen System eng mit der ausgeprägt sozialstaatlichen Komponente der DDR-Gesellschaft. Die Sicherung des Arbeitsplatzes in einer krisenerfahrenen Region, materielle Besserstellung, gesellschaftliche Anerkennung eines ganzen Berufstandes und in dieser Breite noch nie dagewesene Aufstiegschancen – diese Aspekte förderten wohl auch in der Niederlausitz ein traditionell unkritisches Verhältnis der unmittelbaren Produzenten zur Art und Weise der gesellschaftlichen und individuellen Naturaneignung.

Anmerkungen

Der Aufsatz ist ein erstes Ergebnis der Projekts »Sozialgeschichte der Niederlausitzer Industriearbeiterschaft 1936-1965« des ehemaligen (DDR) Geschichtsinstituts der Akademie der Wissenschaften, jetzt des von der Max-Planck-Gesellschaft betreuten Forschungsschwerpunkts »Zeithistorische Studien« der Förderungsgesellschaft für wissenschaftliche Neuvorhaben m.b.H.

1 Neues Deutschland v. 7./8.4.199O.
2 Zit. nach: Der Bezirk Cottbus. Beiträge zur Geographie des Kohle- und Energiezentrums der DDR, Cottbus 1969, S. 41.
3 Vgl. Statistisches Jahrbuch 1965 Bezirk Cottbus, Cottbus 1965, S. 53 f.
4 U. Koch, Soziologische und demographische Probleme und Erfordernisse bei der territorialen Einordnung des Braunkohlenbergbaus im Bezirk Cottbus, Diss. A, Berlin 1986, S.43.
5 Hierzu gehörten neben dem Niederlausitzer noch drei kleinere, weniger bedeutsame Reviere um Forst, Görlitz und Frankfurt/Oder.
6 Handbuch für den Deutschen Braunkohlenbergbau v. G. Klein, 3. Band, Halle/S. 1933, S. 139.
7 Landwirtschaft, Bergbau und Industrie des Kreises Spremberg. Grundlagen einer geographisch-wirtschaftlichen Heimatkunde. Unter Mitwirkung des von Dipl.-Volkswirt H. Regel, Berlin hinterlassenen Materials verfaát von Dr. O. Dittner in Welzow N.L., Frankfurt/Oder 1939, S. 171.
8 Vgl. H. Matschak, Bergmännische Grundwasseruntersuchungen im Niederlausitzer Braunkohlenrevier mit besonderer Berücksichtigung der Belange der planmäßigen Entwässerung im Braunkohlenbergbau, Diss., Freiberg 1933.
9 R. Lingner/F.E. Carl, Landschaftsdiagnose der DDR, Berlin (1956), S. 12.
10 Bislang fand sich nur eine Dissertation aus dem Jahre 1933 zu diesem Thema. Vgl. A. Telschow, Der Einfluß des Kohlenbergbaus auf das Landschaftsbild der Niederlausitz, Phil. Diss., Kiel 1933.
11 Über das Wirken Reinhold Lingners informiert ein kürzlich erschienener Protokollband einer TU-Tagung im März 1991. Vgl. Reinhold Lingner, Leben und Werk. Tagung an der Technischen Universität Berlin am 15./16. März 1991, o.O. u. J. (Materialien zur Geschichte der Gartenkunst, H.1)
12 Die wichtigsten Forschungsergebnisse wurden in der »Landschaftsdiagnose der DDR« (vgl. Anm. 4) zusammengefaßt. Ein umfangreiches Manuskript befindet sich desweiteren im Bestand des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED, vgl. IV 2/7/94.
13 Vgl. J. Zimmer (Hg.), Mit uns zieht die neue Zeit: Die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterbewegung, Köln 1984, S. 184 ff.
14 Geschätzt nach Handbuch für den Deutschen Braunkohlenbergbau (vgl. Anm. 6), S. 139.
15 Vgl. hierzu u.a. N. Knoth, Die Naturschutzgesetzgebung in der DDR von 1954, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 39, 1991, H. 2., S. 163 ff; H. Meusel, Probleme der Landeskultur im Zeitalter der Technik, in: Probleme der Mechanisierung unserer Landwirtschaft. Wissenschaftliche Tagung, Halle 1957.(Sitzungsberichte der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften, H.5)
16 Landeshauptarchiv Brandenburg (im folg.: LHA Brandenburg), Ld. Br. Rep. 801, Nr. 2990.
17 Vgl. Gesetz zur Sicherung der Lagerstätten von Bodenschätzen gegen Bebauung v. 14.3.1951, in: Gesetzblatt der DDR (im folg.; Gbl), 1951, I, S.
18 Vgl. Protokolle der Sitzungen der Kommission Wiederurbarmachung beim Rat des Bezirks Cottbus zwischen 1954 und 196O, LHA Brandenburg, Ld. Br. Rep. 801, Nr. 2990.
19 Vgl. Verordnung zur Wiedernutzbarmachung der für den Abbau und für Kippenzwecke des Bergbaus in Anspruch genommenen Grundstücksflächen, in: Gbl, 1951, II, S. 1133 f.
20 Der Bezirk Cottbus (vgl. Anm. 2), S. 44.
21 Vgl. Protokoll der Sitzung der Kommission Wiederurbarmachung am 10.3.1960, LHA Brandenburg, Ld. Br. Rep. 801, Nr. 2990.
22 Koch (vgl. Anm. 4), S. 100.
23 Protokoll der Sitzung der Kommission Wiederurbarmachung am 23.3.1955, LHA Brandenburg, Ld. Br. Rep. 801, Nr. 2990.
24 Zit. nach Verheizte Lausitz. Der Braunkohlenbergbau und seine Probleme im ostelbischen Raum, Hoyerswerda 1990, S. 44 f.
25 Interview mit W. Bartusch, 22.4.1992.
26 Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur in der DDR - Landeskulturgesetz vom 14.5.1970, in: Gbl, 1970, I, S. 69 ff.
27 Beschluß des Kreistages Spremberg 62/1971 v. 26.8.1971, o.O. u. J.
28 Vgl. Luftverunreinigung bestimmter Gebiete und technologische Verfahren zur Emissionsminderung, Leipzig 1974.

Nikola Knoth, Josef-Orlopp-Str. 23, O-1156 Berlin